

<b>STADT AHRENSBURG</b> <b>- STV-Beschlussvorlage -</b>		<b>Vorlagen-Nummer</b> <b>2006/ 100/ 1</b>
<b>öffentlich</b>		
Datum 20.09.2006	Aktenzeichen FD I.1/ ha/ gl	Federführend: Frau Haase

## Betreff

### 2. Nachtragshaushaltssatzung 2006

<b>Beratungsfolge</b> <b>Gremium</b> Stadtverordnetenversammlung	<b>Datum</b> 25.09.2006	<b>Berichterstatter</b> Herr Koch
--	----------------------------	--------------------------------------

Finanzielle Auswirkungen	:	X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:		JA		NEIN
Haushaltsstelle	:				
Gesamtausgaben	:				
Folgekosten	:				
<b>Bemerkung:</b>					

### Beschlussvorschlag:

Der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2006 in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung wird zugestimmt.

### Sachverhalt:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 17.01.2006 den Haushalt 2006 beschlossen. Insbesondere wegen einer absehbaren Veränderung der Grundstückserlöse und der Kosten für Grundstücksankäufe sowie eines weiteren Darlehen an die Gasversorgung Ahrensburg GmbH – GAG wurde bereits am 27.03.2006 eine 1. Nachtragshaushaltssatzung beschlossen.

Daneben haben sich eine Vielzahl weiterer positiver wie negativer Veränderungen ergeben, die eine zweite Nachtragshaushaltssatzung 2006 erfordern. Besonders hervorzuheben ist die Bereitstellung städtischen Eigenkapitals an die GAG in Höhe von 4,6 Mio. €, das trotz hoher Gewerbesteuererinnahmen nur durch eine zusätzliche Neuverschuldung finanzierbar ist. Diese steigt 2006 von bisher (Land und Kreditmarkt) 4,095 Mio. € auf 5,830 Mio. €.

Die GAG wird zum 01.10.2006 den Geschäftsbetrieb aufnehmen und hat dafür – der Betrag von 4,6 Mio. € bildet nur einen Teilbetrag ab – das Gasnetz von E.ON Hanse zu erwerben. Eine Beschlussfassung dieser Nachtragshaushaltssatzung in der Stadtverordnetenversammlung am 25.09.2006 ist **unbedingt** erforderlich.

Eine Nachtragshaushaltssatzung ist nach § 80 Abs. 2 Nr. 1 GO u. a. dann unverzüglich zu erlassen, wenn sich abzeichnet, dass ein erheblicher Fehlbetrag entstehen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann oder Ausgaben für bisher nicht veranschlagte Maßnahmen geleistet werden sollen.

Für das Haushaltsjahr 2006 gilt beides. Die wesentlichen Veränderungen werden im Folgenden näher erläutert. Die Veränderungen des 2. Nachtragshaushaltes 2006 stellen sich im Ergebnis wie folgt dar:

### **Verwaltungshaushalt**

bisherige Einnahmen	=	48.691.700 €
Mehreinnahmen	=	+ 6.753.300 €
Mindereinnahmen	=	./ 997.000 €
<b>per Saldo somit</b>	=	<b><u>5.756.300 €</u></b>
<b>neues Haushaltssoll 2006</b>	=	<b>54.448.000 €</b>

bisherige Ausgaben	=	48.691.700 €
Mehrausgaben	=	+ 5.930.300 €
Minderausgaben	=	./ 174.000 €
<b>per Saldo somit</b>	=	<b><u>5.756.300 €</u></b>
<b>neues Haushaltssoll 2006</b>	=	<b>54.448.000 €</b>

### **Vermögenshaushalt**

bisherige Einnahmen	=	9.985.400 €
Mehreinnahmen	=	+ 5.240.800 €
Mindereinnahmen	=	./ 277.500 €
<b>per Saldo somit</b>	=	<b><u>5.240.800 €</u></b>
<b>neues Haushaltssoll 2006</b>	=	<b>15.096.200 €</b>

bisherige Ausgaben	=	9.985.400 €
Mehrausgaben	=	+ 5.297.400 €
Mindereinnahmen	=	./ 186.600 €
<b>per Saldo somit</b>	=	<b><u>5.240.800 €</u></b>
<b>neues Haushaltssoll 2006</b>	=	<b>15.096.200 €</b>

Die Verpflichtungsermächtigungen (VE) sinken um 1.668.000 € auf 8.755.000 €. Nachstehend werden die gravierendsten Veränderungen zu den oben dargestellten Mehreinnahmen und Mehrausgaben, ebenso wie die Veränderungen der VEs kurz vorgestellt:

### **Verwaltungshaushalt - Einnahmen**

Das Anordnungssoll der Gewerbesteuer beträgt Mitte Sept. 2006 rd. 25 Mio. €. Die Einnahmen sind noch nicht abschließend einschätzbar (Forderungen werden bestritten, ggf. sind Erstattungen zu leisten), dennoch wird eine Erhöhung des Haushaltsansatzes auf 24 Mio. € vorgeschlagen.

Über die von E.ON Hanse ab 2004 zu leistende Nachzahlung zur höheren Abgabe Gas sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Mit der Nachzahlung kann frühestens 2007 gerechnet werden. Der Haushaltsansatz wird daher korrigiert.

### **Verwaltungshaushalt - Ausgaben**

#### HHSt 6300.5140 – Unfallschadenbeseitigung –:

Schäden, die von Dritten bei Straßenbeleuchtungs-, Lichtsignalanlagen o. a. städtischem Eigentum entstanden sind, sind von diesen zu beglichen.

Irrtümlich wurden im 1. Entwurf zum Nachtragshaushalt zwar die Mehreinnahmen (siehe HHSt 6300.1520) der Stadt von 30.000 € für ausgeführte Arbeiten nach Unfallschäden dargestellt, nicht aber die Kosten selbst. Dieser Haushaltsansatz ist um 20.000 € anzuheben. Über diese Veränderung wurde der Bau- und Planungsausschuss im Rahmen seiner Beratung zum Nachtragshaushalt noch nicht informiert.

Aufgrund der hohen Gewerbesteuereinnahmen ist eine Erhöhung der Gewerbesteuerumlage auf 5,45 Mio. € erforderlich, d.h. eine weitere Erhöhung um 0,35 Mio. € gegenüber dem 1. Entwurf. Ursächlich hierfür ist eine aktuelle Schätzung der Gewerbesteuereinnahmen für das III. Quartal 2006. Diese Einnahmen sind als Vorauszahlung auch Grundlage der Umlage für das IV. Quartal 2006. Die tatsächliche Umlage 2006 ist noch nicht einschätzbar.

Die dargestellten Veränderungen des Verwaltungshaushalts führen im Ergebnis zu einem um 3,6 Mio. € auf 4,03 Mio. € ansteigenden Zuführungsbetrag. Damit übersteigt der Zuführungsbetrag den bisherigen um das rd. 10fache.

### **Vermögenshaushalt - Einnahmen**

Die erhöhte Zuführung des Verwaltungshaushalts führt zu einem erheblichen Eigenfinanzierungsanteil des Investitionshaushalts. Dies ist von besonderer Bedeutung, da Anteile der Allgemeinen Rücklage über den im 1. Nachtragshaushalt 2006 hinausgehenden Betrag von 580.000 € nicht mehr zur Verfügung stehen. Eine Allgemeine Rücklage ist dringend wieder aufzubauen - gegenwärtig ist dieses aber noch nicht absehbar.

Die Belastungen des Vermögenshaushalts führen jedoch auch zu Kreditaufnahmen von rd. 5,8 Mio. € für 2006. Ein Anteil von 0,725 Mio. € kann durch einen Landeskredit gedeckt werden, dessen Zinsen in den ersten Jahren durch ein Zinszuschussprogramm des Landes, u. a. für Maßnahmen der Sanierung von Sportstätten, gedeckt werden. Die Stadt hat daher nur die Tilgung zu finanzieren. Der Großteil des Kredits wird jedoch am Kreditmarkt zu marktüblichen Konditionen aufgenommen werden müssen.

### **Vermögenshaushalt - Ausgaben**

Nach den Entscheidungen des Aufsichtsrates der GAG, einer 100%igen Gesellschaft der Stadt Ahrensburg, werden insbes. die Ahrensburger Privathaushalte ab 01.10.2006 mit Gas durch die GAG versorgt. Diese Versorgung erfolgt zurzeit durch E.ON Hanse, die auch das Leitungsnetz besitzt. Zum 01.10.2006 wird die GAG das Leitungsnetz erwerben. In Höhe von 40 % wird die Stadt zur Zahlung des Kaufpreises die GAG mit Eigenkapital ausstatten. Hierfür sind ab 2007 Zinsen dem städtischen Haushalt zu erstatten.

Die Straße Kornkamp Süd wurde bereits der Öffentlichkeit gewidmet, die Baukosten sind jedoch noch nicht vollständig beglichen. In 2006 sind zur Bezahlung der Schlussrechnungen zusätzlich 0,2 Mio. € bereitzustellen. Nachrichtlich wird darauf hingewiesen, dass ursprünglich zum Haushalt 2006 ohnehin ein letzter Teilbetrag von 0,25 Mio. € beantragt worden war. Statt ursprünglich veranschlagter Kosten von 2,15 Mio. € werden die Ausgaben letztlich bei rd. 2,04 Mio. € liegen. Es wird eine Förderung aus GVFG-Mitteln bis zu 1,4 Mio. € erwartet. Der Eigenanteil der Stadt würde sich dann rechnerisch auf 0,64 Mio. € belaufen.

### **Vermögenshaushalt – Verpflichtungsermächtigungen (VE)**

Die Stadtverordnetenversammlung hat nach intensiven Beratungen am 26.06.2006 beschlossen, den notwendigen Neubau der Sporthalle an der IGS im Rahmen eines ppp-Modells zu errichten. Auf diesem Hintergrund können durch diesen Nachtragshaushalt VEs in Höhe von 3,346 Mio. € - **siehe Anlage** - zurückgeführt werden.

Die Stadt entrichtet nach Fertigstellung des Bauvorhabens 2008 aufgrund noch abzuschließender Verträge Zahlungsraten an die Baufirma, die im Verwaltungshaushalt zu veranschlagen sind. Die Verträge gelten voraussichtlich 20 Jahre, d.h. erst danach entfallen Zahlungsverpflichtungen für den Neubau der Sporthalle. Das Projekt wird – unabhängig davon, ob als ppp-Modell oder in eigener Regie realisiert - voraussichtlich nicht durch das Schulbauprogramm des Landes gefördert, d. h. Zuwendungen von dritter Seite wären nicht zu erwarten.

Neu aufgenommen werden insbes. VEs für

- den Ausbau der Großen Straße von Woldenhorn bis Rondeel, siehe nachfolgende Ausführungen,
- Teil 3 der Brandschutzmaßnahmen der Stormarnschule, vorgezogen auszuführen in 2007 (bisher 2008) und
- die Erneuerung der Stormarnstraße,

Den Ausbau der Großen Straße im o. g. Teilabschnitt hatte die Verwaltung urspr. für die Jahre 2006/2007 vorgesehen. Ziel war und ist es, den Abschnitt im Schatten der Hochbaumaßnahme Einkaufszentrum zeitnah auszubauen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte den Ausbau angesichts der seinerzeit unklaren Entwicklung dieses Projektes in die Jahre 2007/2008 verschoben.

Zwischenzeitlich hat die Stadt das Realisierungskonzept für die Innenstadt dem Land vorgestellt und Mittel aus dem Programm „Städtebauförderung“ beantragt. Die Maßnahmen orientieren sich an dem 2004 erarbeiteten Konzept für die Landesgartenschau. Sie sollen nur mit Beteiligung von privater oder öffentlicher Seite umgesetzt werden. Angestrebt wird eine (Mindest-) Beteiligung von 35 %. Vorgestellt wurden insbes. der I. Bauabschnitt (BA)/ Gutshofbereich und der II. BA/ Schlosspark Kernfläche.

In diesem Zusammenhang wurde auch der Ausbau der Großen Straße erläutert, ebenso wie dessen Finanzierungsproblematik (100 % Stadt, da keine Ausbaubeiträge erhoben werden können). Das Land hat seine Bereitschaft signalisiert, diesen städtebaulich bedeutenden Straßenabschnitt mit einer Förderung bis zu 40 % zu unterstützen. Daraufhin wurde die Planung für diesen Bereich konkretisiert (siehe Planungsmittel im Verwaltungshaushalt, HHSt 6100.6570). Der Bau- und Planungsausschuss hat allerdings die Beratungen zum Ausbau noch nicht abgeschlossen. Dies vorausgesetzt wird, um den Ausbau der Großen Straße in 2007/ 2008 durchführen zu können, eine VE in Höhe von 0,96 Mio. € (aktuelle Kostenschätzung), davon 610.000 € für 2007, ausgewiesen. Die Förderung könnte für alle genannten Maßnahmen 40 % je Maßnahme, allein für den Ausbau der Großen Straße somit 384.000 €, umfassen.

Eine weitere VE wird für die Erneuerung der Stormarnstraße in den Jahren 2007/ 2008 ausgewiesen. Der Kostenrahmen von 0,6 Mio. € ist eine ältere Kostenschätzung. Die tatsächlichen Ausgaben sollen im Rahmen einer Winterausschreibung ermittelt werden und könnten deutlich höher liegen.

### ***Nachtragsstellenplan***

Der Haushaltsplan besteht u. a. aus dem Stellenplan. Eine Änderung des Stellenplanes ist deshalb grundsätzlich nur über einen Nachtragsstellenplan möglich. Im September 2006 wurde das Kundenzentrum der GAG eröffnet, in dem überwiegend städtisches Personal eingesetzt ist, das zur GAG abgeordnet ist. Eine aus der Elternzeit zurückgekehrte Mitarbeiterin ist im Kundenzentrum tätig. Diese zusätzliche Stelle ist im Stellenplan 2006 auszuweisen. Die Personalkosten der von der Stadt abgeordneten Mitarbeiterinnen werden dem städtischen Haushalt erstattet (vgl. Unterabschnitt 0300/ Verwaltungshaushalt).

## Ausblick/ Verschuldung

Die Verschuldung der Stadt (ohne Stadtbetriebe und GAG) entwickelt sich durch die im Nachtragshaushalt dargestellten Mehraufwendungen wie folgt:

Schuldenstand Ende 2005	=	8.076.000 €	
<b>Neuverschuldung 2006</b>	=	<b>5.630.500 €</b>	
Tilgung 2006	=	<u>351.500 €</u>	
<b>Schuldenstand Ende 2006</b>	=	<b>13.355.000 €</b>	bisher: 12.898.300 €
*) Neuverschuldung 2007	=	2.621.000 €	
Tilgung 2007	=	<u>401.800 €</u>	
Schuldenstand Ende 2007	=	15.574.200 €	
Neuverschuldung 2008	=	1.552.000 €	
Tilgung 2008	=	<u>411.500 €</u>	
Schuldenstand Ende 2008	=	16.714.700 €	
Neuverschuldung 2009	=	2.956.000 €	
Tilgung 2009	=	<u>436.500 €</u>	
Schuldenstand Ende 2009	=	19.234.200 €	bisher: 18.776.300 €

\*) Anmerkung: Fortschreibung nach der Investitionsplanung 2006 – 2009 vom 17.01.2006; erhöhte Tilgungsbeträge aufgrund der Neuverschuldung 2006 in 2007 ff sind noch nicht berücksichtigt.

Entscheidend hängt die tatsächliche Inanspruchnahme der Kreditermächtigung 2006 davon ab, wie sich insbes. der Verwaltungshaushalt bis Jahresende entwickelt. Nach der planmäßigen Darstellung steigt die Verschuldung bis 31.12.2006 auf 13,355 Mio. € an (= 442,92 €/ Einwohner). Die Verschuldung bis Ende 2009 wird bei anhaltend guter Entwicklung der Gewerbesteuern diesen Stand nicht vollständig erreichen. Dennoch ist die dargestellte Entwicklung bedenklich. Die jetzt in der Investitionsplanung enthaltenen Investitionen sind auf ihre Realisierbarkeit und im Hinblick auf alternative Finanzierungsmodelle weiterhin zu prüfen.

---

Philipp-Richter  
Stellv. Bürgermeisterin

### Anlagen:

II. Nachtragshaushaltssatzung

2. Nachtragshaushaltssentwurf 2006 - Verwaltungshaushalt

2. Nachtragshaushaltssentwurf 2006 – Vermögenshaushalt

Übersicht über die im Haushaltsplan 2006 ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen